

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de



Im politischen Berlin macht derzeit ein Witz die Runde. Er beginnt mit der Frage: Was ist das Einzige, was Angela Merkel wirklich gut gemacht hat? Die Antwort: Sie hat 16 Jahre lang verhindert, dass Friedrich Merz Kanzler wird.

Tatsächlich dauerte es nur wenige Wochen, bis der neue Bundeskanzler Friedrich Merz – einst als Hoffnungsträger gefeiert – zur Symbolfigur des rasanten Niedergangs der CDU und zur Zielscheibe politischer Witze wurde.

Beim Anblick von Merz – trotz seiner beeindruckenden Körpergröße von 1,98 Metern – muss ich unweigerlich an das alte Sprichwort denken: „Lügen haben kurze Beine.“ Die im Wahlkampf großspurig angekündigte „Politikwende“ bleibt bislang aus – verhindert durch seine absurde Brandmauerideologie. Die Kernschmelze des Vertrauens setzte sich fort, als der bereits abgewählte Bundestag nochmals zusammentrat, um die Schuldenbremse zu beerdigen – ein Vorgang jenseits aller demokratischen Standards. Über eine Billion Euro an Sonderschulden, als „Sondervermögen“ getarnt, werden kommende Generationen schwer belasten und die Inflation anheizen. Die Schuld dafür wird wahlweise Trump oder Putin zugeschoben.

Als Belohnung fürs Mitmachen bekamen die Grünen ihr pseudo-religiöses Klimaziel ins Grundgesetz geschrieben – ebenfalls ein schweres Erbe für kommende Generationen.

Friedrich Merz, über den Spötter sagen, er könne selbst im Liegen noch umfallen, scheint den Bezug zur Realität verloren zu haben – ein Zustand, der in Berlin nicht ganz unbekannt ist. Die Reaktionen aus der Hauptstadt auf mahnende Worte aus Washington zur zunehmenden Einschränkung der Meinungsfreiheit erinnern nicht zufällig an SED-Politbüromitglied Kurt Hager. Als dieser 1985 im Zuge von Gorbatschows Perestroika auf Reformforderungen in der DDR angesprochen wurde, ent-

gegnete er berüchtigt: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung renoviert, Ihre auch neu tapezieren?“ Seitdem hieß er im Volksmund nur noch „Tapeeten-Kurt“.

Auch Merz verweigert sich der Einsicht, dass viele AfD- und CDU-Wähler ähnliche Wünsche haben: weniger Migration – insbesondere aus islamischen Kulturen – in die Sozialsysteme, sie wollen sich wieder sicher auf den Straßen und auf Weihnachtsmärkten bewegen, günstige und verlässliche Energieversorgung, am besten durch Kernkraft. Sie wünschen sich niedrigere Steuern und Abgaben, weniger Bürokratie – und dass sich Leistung wieder lohnt.

Die Mehrheit der Bürger lehnt eine linke Politik ab, die – ob unter Merkel oder Habeck – zu Industrieflucht, Massenentlassungen und Verarmung führte. Eine Politik, die unser Land an den Abgrund gebracht hat. Deshalb wählte sie am 23. Februar 2025 deutlich rechts – und erhält nun dennoch eine Fortsetzung linker Politik, nur mit rabiateren Mitteln. Die vom Wähler auf 16% zurückgestutzte Wahlverlierer-SPD stellt den Vizekanzler und besetzt sieben Ministerien – eine Partei, die viele Bürger inzwischen als „gesichert linksextrem“ einstufen würden.

Mit der Aufweichung der Schuldenbremse hat sich die neue schwarz-rote Koalition einen finanziellen Spielraum in Billionenhöhe geschaffen – um die Rückkehr des Sozialismus voranzutreiben. Der Verschwendung öffentlicher Mittel sind nun Tür und Tor sperrangelweit geöffnet.

Auch in der Migrationspolitik ist mit ernsthaften Veränderungen kaum zu rechnen, trotz markiger Ankündigungen. Statt eines klaren „Einreisestopps sofort“ kündigt Innenminister Alexander Dobrindt lediglich an, man wolle „Stück für Stück die Möglichkeit ergreifen, mehr zurückweisen zu können“. Laut der Neuen Zürcher Zeitung bleibt die „unkontrol-

lierte Masseneinwanderung“ der große deutsche Kummer des 21. Jahrhunderts – und dieser wird auch künftig kaum gelindert.

Was dürfen wir also von dieser neuen Regierung erwarten?

Die Energiewende, mit der Deutschland angeblich das Weltklima retten will, bleibt planlos – und schadet weiterhin unserem Wohlstand. Das politisch motivierte System zur Gesinnungskontrolle, beschönigend „Zivilgesellschaft“ genannt, wird weiter ausgebaut. Während Messerkriminelle und Gruppenvergewaltiger oft unbehelligt bleiben, durchkämmen inzwischen Hunderte Polizisten das Internet auf der Suche nach Hinweisen auf „Majestätsbeleidigungen“.

Verwaltungsabbau? Fehlanzeige. Stattdessen ein neues Ministerium für Digitales, das mit der Einführung einer verpflichtenden digitalen Identität samt Bürgerkonto die totale Überwachung Realität werden lässt.

Liebe Leser,

Olaf Scholz, der wohl unbeliebteste Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik, hat am 6. Mai seine Amtszeit beendet. Doch: „Schlimmer geht immer.“ Friedrich Merz – der „Kanzler der Linken, der Kanzler der Verzweiflung“* – scheint fest entschlossen, diesen Negativrekord bald zu brechen. Fraglich auch, wie lange sein Kabinett überhaupt Bestand haben wird. Aktuelle Umfragen zeigen: Schwarz-Rot hat schon jetzt keine Mehrheit mehr im Volk. Unsere AfD hingegen verzeichnet die besten Umfragewerte seit ihrer Gründung 2013 – und liegt gleichauf mit der Union.

Immer mehr Bürger erkennen: Nur die AfD kann Deutschland retten!

Mario Beger,
Mitglied des Landtages

*Tichys Einblick



LANDWIRTSCHAFT IM HERZEN, VERANTWORTUNG IM BLICK

Christian Reck, Bundestagsabgeordneter aus unserem Wahlkreis 154, Meißen, bringt die regionale Landwirtschaft in den Fokus seiner Arbeit. Als neues ordentliches Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat der AfD-Bundestagsfraktion will er sich besonders für die Belange der regionalen Landwirtschaft starkmachen. „Unser ländlicher Raum ist das Rückgrat der Versorgung in Deutschland – das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen“, betont Reck.

Der direkt gewählte Abgeordnete kommt aus einem landwirtschaftlich geprägten Wahlkreis. Für ihn ist klar: Nur mit wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren Rahmenbedingungen können bäuerliche Betriebe bestehen. „Wir brauchen eine Politik, die nicht gegen, sondern mit der Landwirtschaft arbeitet – regional, nachhaltig und praxisnah.“

Neben seiner Arbeit im Agrarausschuss wird Reck künftig auch als stellvertretendes Mit-

glied in den Ausschüssen für Finanzen sowie Wirtschaft und Energie tätig sein. Zwei Bereiche, die eng mit der Landwirtschaft verzahnt sind.

Christian Reck blickt mit großer Motivation auf seine neuen Aufgaben im Bundestag: „Ich freue mich auf die Arbeit und will meine Verantwortung mit Herz und Verstand wahrnehmen – für unsere Region und für unser Land.“ (BWP)

BUNDESTAGSWAHL 2025 – VIELEN DANK AN ALLE WÄHLER!

Sehr geehrte Leser,

die Bundestagswahl im Februar 2025 war ein echter Paukenschlag! Nicht nur bundesweit über 20 Prozent – die AfD ist im ganzen Osten unangefochtener Platzhirsch! Damit sind wir zur starken Stimme des Ostens geworden! Ein gutes Beispiel ist unsere Heimat im Landkreis Meißen: Alle Gemeinden haben als stärkste Partei die AfD gewählt und damit den Landkreis auf der Landkarte blau gefärbt. Spitzenreiter ist hier die Gemeinde Lampertswalde mit stattlichen 54,3 Prozent der Zweitstimmen! Aber auch viele Gemeinden im nördlichen Landkreis weisen mittlerweile eine absolute Mehrheit für die Alternative für Deutschland aus. Besonders hervorzuheben sind die starken Ergebnisse für die AfD in Riesa und in den umliegenden Gemeinden: Hier setzen die Bürger eine starke Antwort auf die unsägliche linke Belagerung Rias im Januar während des Bundesparteitags.

Im Wahlkreis und zugleich Landkreis Meißen habe ich von Ihnen mit satten 45,3 Prozent der Erststimmen einen eindeutigen Auftrag erhalten, den ich dankend und verantwortungsvoll annehme. Meinen fachlichen Schwerpunkt im „Berliner Raumschiff“ will ich auf eine Landwirtschaftspolitik zum Wohle unserer hart arbeitenden Landwirte für mehr heimische, quali-

tativ hochwertig erzeugte Lebensmittel richten. Aber seien Sie versichert, die drängenden Fragen unserer Zeit werde ich mit unserer erstarkten Bundestagsfraktion in den nächsten Jahren auch angehen:

Die Beendigung illegaler Migration in unser Land und zugleich auch eine geordnete Remigration. Eine Energiepolitik der günstigen Strompreise, die grundlastfähige Energieträger fördert und eben nicht landschaftsverschandelnde, ineffektive Windräder. Eine Wirtschaftspolitik, die endlich diese weltfremde Bürokratie abschafft und die unsere Unternehmen international wieder wettbewerbsfähig macht. Wir brauchen auch eine Entwicklungshilfepolitik, die nicht unbedacht deutsches Steuergeld in alle Welt verschleudert, während in Deutschland Brücken zusammenkrachen. Und nicht zuletzt brauchen wir eine Kultur- und Identitätspolitik, die nicht immer winziger werdende Minderheiten im Fokus hat, sondern die als verbindendes Element die Interessen der Mehrheitsgesellschaft stärker berücksichtigen muss.

In diesem Sinne freue ich mich, Ihnen als Bürger für unser Vaterland zu dienen. Lassen Sie uns gemeinsam Deutschland wieder großartig machen!

Ihr Christian Reck,
Mitglied des Bundestages



REGIERUNGSBILDUNG IN SACHSEN: BRANDMAUER WICHTIGER ALS WÄHLERWILLE

Drei lange Monate hat es gedauert, bis Ministerpräsident Michael Kretschmer vom knappen Wahlsieger CDU (CDU 31,9 %, AfD 30,6 %, BSW 11,8 %, SPD 7,3 %, Grüne 5,1 %, Linke 4,6 %) – nach der Landtagswahl vom 1. September 2024 endlich eine Regierung beieinanderhatte.

Diese lange und teure Findungsphase hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen führten die Stimmenverluste der bisherigen Regierungsparteien sowie der Achtungserfolg des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) dazu, dass die bisherige schwarz-rot-grüne Koalition nicht fortgesetzt werden konnte.

Zum anderen stand Kretschmer – wie zuvor seine Parteikollegen in Thüringen und zuletzt auch Friedrich Merz – vor einem ähnlichen Dilemma: Die Sachsen haben mit einer deutlichen Mehrheit von 62,5 % bürgerlich-konservativ gewählt. Doch statt dieser Wählermehrheit gerecht zu werden, klammerte

sich Kretschmer freiwillig an die sogenannte Brandmauer zur AfD.

Wurde 1989 eine Mauer eingerissen, die unser Land spaltete, so errichtet die CDU 35 Jahre später eine neue Mauer, die unsere Zukunft verbaut: die Brandmauer. Eine Mauer, die die CDU zum Steigbügelhalter für abgewählte linke Parteien macht.

In Sachsen ist nach dreimonatigen Verhandlungen eine „Koalition der Schwäche“ herausgekommen: eine Minderheitsregierung aus CDU und der lediglich 7-Prozent-SPD. Ein „Weiter so!“ – mit verkrusteten Strukturen und politischer Stagnation. Deshalb dürfte diese Regierung keine fünf Jahre bis zur nächsten Wahl bestehen bleiben.

Um dennoch Mehrheiten für Gesetzesvorhaben zu sichern – unter bewusster Ausgrenzung der AfD – hat Kretschmer einen sogenannten Konsultationsmechanismus eingeführt, bei dem die Regierungsparteien mit anderen Fraktionen zusammenarbeiten sollen. Dieser Demokratiesimulation erteilen wir eine klare Absage.

Oppositionsarbeit bedeutet für uns, immer wieder durch Kleine Anfragen, Anträge und Gesetzesinitiativen die Fehler der Regierungsfaktionen aufzudecken und konstruktive Lösungen vorzuschlagen.

Neben dieser täglichen Parlamentsarbeit verfolgen wir aktuell zwei, auf lange Sicht angelegte Schwerpunkte:

Erstens hat der Landtag Ende Okto-

ber – auf Antrag der AfD-Fraktion – einen Untersuchungsausschuss zur Corona-Politik eingesetzt. Dabei geht es nicht nur darum, Lehren für die Zukunft zu ziehen und eine Wiederholung der sogenannten Corona-Zeit zu verhindern. Es geht vor allem darum, die Entscheidungen von Michael Kretschmer, Petra Köpping und anderen sächsischen Verantwortungsträgern schonungslos zu hinterfragen. Bereits während der ersten öffentlichen Anhörung wurde offenbar, wie unsinnig und teils menschenfeindlich manche Maßnahmen gewesen sind.

Zweitens wurde – ebenfalls auf Initiative der AfD-Fraktion – eine Kommission zur Stärkung der Kommunen ins Leben gerufen. Diese Expertenkommission soll Lösungen für die finanzielle Notlage der Städte, Gemeinden und Landkreise erarbeiten. Die sächsischen Kommunen beklagen derzeit ein Haushaltsloch von über einer Milliarde Euro. Ein beispielloser Kahlschlag steht ihnen bevor. Vor allem bei Investitionen fehlt das Geld: Straßen und Brücken wurden systematisch kaputtgespart – mit spürbaren Folgen für den regionalen Wohlstand.

Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, braucht es eine durchdachte Landesfinanzstrategie, die Investitionen langfristig Vorrang gibt. Dafür notwendig ist eine umfassende Gemeindefinanzreform, gründlich vorbereitet von Experten, und gesetzlich fest verankert.

Genau darauf zielt die neue Enquête-Kommission ab, deren Vorsitz der AfD-Abgeordnete Thomas Thumm übernommen hat.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



CHRISTIAN RECK NEUER AfD-KREISVORSITZENDER IN MEISSEN

Beim Kreisparteitag der AfD Meißen im Mai wurde der Bundestagsabgeordnete Christian Reck mit 97 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er folgt auf Detlev Spangenberg, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. In seiner Antrittsrede betonte Reck die Bedeutung einer geschlossenen Zusammenarbeit im Kreisverband und dankte seinem Vorgänger.

Mario Beger (MdL) wurde in seinem Amt als Schatzmeister erneut bestätigt. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer Mario Aßmann, Enrico Barth, Marvin Freese, Torsten Gellrich, René Hein, Steffen Reck, Dr. Stephan Waidmann und Lutz Ziera.

Mit dem neuen Team will die AfD ihre Position in der Region weiter ausbauen. Reck erklärte nach seiner Wahl: „Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes für das entgegengebrachte Vertrauen und die Wahl zum neuen Kreisvorsitzenden. Das Ergebnis ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen. Arbeiten wir weiter mit klarem Kurs für unsere Heimat!“ (bwp)



AFD-FRAKTION VERLÄSST KREISTAGSSITZUNG UNTER PROTEST

Die AfD-Fraktion im Kreistag Meißen hat am 5. Juni die Sitzung des Gremiums in Coswig unter Protest verlassen. Auf der Tagesordnung standen zwei Anträge der AfD-Fraktion: „Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfschäden/-nebenwirkungen“ und „Berichterstattung über das Versammlungsgeschehen zum Bundesparteitag der AfD in Riesa vom 11.01. bis 12.01.2025“.

Zu Beginn der Sitzung wurden beide Punkte auf Antrag der Fraktion SPD/Grüne/Linke unter Zustimmung von fast der kompletten CDU-Fraktion mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt. Das wurde von der AfD-Fraktion moniert, da dies einer Aushebelung des Antragsrechtes einer Fraktion gleichkommt. Aus Protest hiergegen verließ die AfD-Fraktion daraufhin geschlossen die Sitzung und kündigte eine juristische Prüfung dieser Entscheidung an.

Hierzu erklärt der stellv. Fraktionsvorsitzende Julien Wiesemann: „Die demokratische Kultur im Landkreis Meißen hat einen Tiefpunkt erreicht. Das Antragsrecht einer Fraktion ist auch im Kreistag ein demokratisches Königsrecht und ist klar in den Gesetzen und Verordnungen geregelt. Dies mit einem einfachen Mehrheitsentscheid des Kreistages auszuhebeln, ist nicht nur eine abenteuerliche Auslegung der Geschäftsordnung, sondern widerspricht auch jeglichen demokratischen Gepflogenheiten. Die Altparteien, die es an diesem Tag im Kreistag Meißen auf eine bemerkenswerte Einheit gegen die AfD gebracht haben, meinen also, der größten Kreistagsfraktion ihr Antragsrecht beschneiden zu können und damit den Wählern ihre Stimme zu nehmen. Dies lässt auch tief blicken, was die demokratische Gesinnung betrifft.“

Die Impfschäden infolge der sogenannten „Corona-Schutzimpfung“ oder aber die Verantwortung für das Versammlungsgeschehen beim AfD-Bundesparteitag in Riesa, als linke Gewalttäter eine ganze Stadt lahmlegten, sind jedoch Themen, die viele Menschen in unserem Landkreis betreffen. Diese Debatten will man offenbar mit billigen Geschäftsordnungstricks im Kreistag verhindern. Das wird die AfD-Fraktion jedoch nicht zulassen. Wir haben uns daher entschlossen, dieser Demokratiesimulation nicht weiter beizuwohnen und geschlossen die Sitzung zu verlassen. Gegen diese höchst fragwürdige Mehrheitsentscheidung werden wir uns juristisch zur Wehr setzen.“

**AFD-Fraktion
im Kreistag Meißen**

OSTERFREUDE FÜR BEDÜRFTIGE – PROJEKT „HERZENSANGELEGENHEITEN“

Auch in diesem Jahr haben wir unser Versprechen gehalten: Unter dem Motto „Herzensangelegenheiten“ fand zu Ostern erneut eine besondere Aktion in Großenhain statt. Gemeinsam mit der AfD-Stadtratsfraktion durfte ich Osterpräsente an Menschen überreichen, die derzeit schwere Zeiten durchleben. Diese Begegnungen sind für mich ein tief empfundenes Bedürfnis – denn wahre Wertschätzung zeigt sich oft in den kleinen Gesten.

Gerade an den Feiertagen ist es wichtig, jene nicht zu vergessen, die mit materiellen Sorgen kämpfen. In Deutschland gelten laut Schättenbericht rund 17,7 Millionen Menschen als von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Etwa 14,5 % der Bevölkerung leben einkommensarm, und die Tendenz ist steigend – insbesondere die Altersar-

mut nimmt dramatisch zu.

Wer ein Leben lang arbeitet, etwa 45 Jahre zum Mindestlohn, darf im Alter nicht schlechter gestellt sein als ein Bürgergeldempfänger. Doch die aktuellen Rentenpläne zeichnen ein düsteres Bild: Ein sinkendes Rentenniveau bei gleichzeitig steigender Lebensarbeitszeit. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass es auch anders geht: In Ländern wie Österreich oder den Niederlanden sind die Renten deutlich höher – teils auf Lohnniveau. Selbst in wirtschaftlich schwächeren EU-Staaten wie Italien oder Griechenland stehen viele Rentner finanziell besser da als hierzulande.

Diese sozialen Missstände dürfen nicht stillschweigend hingenommen werden. Mit unserer Osteraktion wollen wir zumindest symbolisch ein Zeichen setzen – für mehr Mitgefühl, Gerechtigkeit und Anerkennung. Herzlichen Dank an alle Spender sowie die zahlreichen engagierten Helfer, die diese Aktion wieder möglich gemacht haben.

Denn gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich, was unsere Gesellschaft zusammenhält: Menschlichkeit, Solidarität und das Herz am rechten Fleck.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages

Helfen Sie mit und unterstützen Sie unser Projekt mit einer kleinen Spende – machen Sie es zu Ihrer Herzensangelegenheit. Jeder Euro zählt!

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56
BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck: Herzensangelegenheiten WK 37

Name und Adresse bitte für die Spendenquittung angeben

SPENDENAKTION

HERZENS-ANGELEGENHEITEN

Mit Herz und Tatkraft stehen wir Bedürftigen zur Seite – aus Überzeugung und Verantwortung.

ZUSAMMEN FÜR DEUTSCHLAND!

MARIO BEGER,
Mitglied im Sächsischen Landtag
AfD Stadtratsfraktion Großenhain

AFD

KRITISCHE BETRACHTUNG ZUM BESCHLUSS DES STADTRATES ZUM BEBAUUNGSPLAN „HÜHNERSTALL SKASSA MIT AGRI-PV-ANLAGE“

Vorab: Natürlich haben wir nichts gegen den Neubau eines Hühnerstalls. Doch wir lehnen den Bau der 19 ha großen Agri-PV-Anlage aus mehreren Gründen ab.

Das durch den Stadtrat der Großen Kreisstadt Großenhain am 07.02.2024 beschlossene Strategiepapier „Photovoltaik“ (BV 7/2024 SR) privilegiert verschiedene Flächen für den Bau von PV-Freiflächenanlagen. Der Standort Skassa gehört nicht dazu und könnte damit zum Vorbildcharakter für Folgeprojekte werden. Bisher konnte die Stadtverwaltung bei Anfragen zum Bau großflächiger Solarparks immer auf das oben genannte Strategiepapier verweisen; nun könnte es möglicherweise hinfällig sein.

Die unmittelbare Nähe zur Wohnbebauung sehen wir sehr kritisch. Lärmbelästigung durch Wechselrichter und Umspannwerke, Blendungen durch reflektierende Moduloberflächen oder Wertverluste von Immobilien sind mögliche Folgen.

Auch die sogenannte Solarpark-Planung steht nicht unbedingt im Einklang mit der Natur und kann sich negativ auf das Klima sowie die Stabilität unseres Stromnetzes auswirken. Im Folgenden möchten wir einige Punkte näher erläutern:

1. Flächenverbrauch und Landschaftsveränderung

Großflächige Solarparks benötigen erhebliche Landflächen, oft viele Hektar pro Projekt. Diese Flächen werden häufig aus der Landwirtschaft entnommen oder auf ehemals naturnahen Wiesen und Brachflächen errichtet. Dadurch gehen wertvolle Flächen für die Nahrungsmittelproduktion oder natürliche Ökosysteme verloren. Besonders in dicht besiedelten Ländern wie Deutschland führt dies zu Konflikten zwischen Energie- und Flächennutzung. Zudem verändern Solarparks das Landschaftsbild erheblich – ihre großflächigen, dunklen Modulflächen wirken technisch und können als Fremdkörper in der Natur wahrgenommen werden.

2. Verlust von Biodiversität

Der Bau und Betrieb von Solarparks kann die biologische Vielfalt erheblich beeinträchtigen. Zäune und Barrieren unterbrechen Wanderwege von Tieren. Der Schattenwurf der Module hemmt das Pflanzenwachstum und damit die Nahrungskette. Monotone Pflege (z. B. häufiges Mähen) kann Artenvielfalt unterdrücken. Studien zeigen, dass artenreiche Wiesen durch Solarparks schnell verarmen.

3. Veränderungen des Mikroklimas

Solarmodule absorbieren Sonnenenergie und wandeln nur einen kleinen Teil (15–22 %) in Strom um – der Rest wird als Wärme an die Umgebung abgegeben. Dies führt lokal zu einer messbaren Erwärmung der Lufttemperatur, vor allem in der Nacht. Diese Effekte ähneln dem sogenannten „urban heat island“-Effekt in Städten. Zusätzlich beeinflussen die Module die Luftzirkulation, was das lokale Mikroklima verändern kann – mit möglichen Auswirkungen auf benachbarte Ökosysteme und landwirtschaftliche Flächen.

4. Reduktion der CO₂-Bindung

Unterhalb der Solarmodule wächst deutlich weniger Vegetation, da Lichtmangel und Bodenverdichtung das Pflanzenwachstum hemmen. Dadurch wird die natürliche Photosynthese eingeschränkt – ein wichtiger Prozess zur Bindung von Kohlendioxid. Im Vergleich zu einer Wiese oder einem Acker ist die CO₂-Bindungsleistung unter Solarparks deutlich geringer. Das untergräbt teilweise das Klimaziel, das durch den

Ausbau erneuerbarer Energien erreicht werden soll.

5. Materialaufwand und Ressourcenverbrauch

Die Herstellung von Photovoltaikmodulen ist rohstoffintensiv. Für jede erzeugte Terawattstunde Strom werden große Mengen an Aluminium, Glas, Silizium und Kupfer benötigt. Zudem stellen sich Fragen hinsichtlich Recyclingfähigkeit und Entsorgung nach etwa 25 bis 30 Jahren Betriebsdauer. Zwar sind die meisten Materialien theoretisch recycelbar, doch in der Praxis fehlen vielerorts noch geeignete Strukturen und Verfahren.

6. Zusammenhang zwischen PV-Anlagen und Netzvolatilität

- **Wetterabhängigkeit:** PV-Anlagen produzieren nur bei Sonneneinstrahlung Strom. Bewölkung, Tageszeit und Jahreszeit führen zu starken Schwankungen in der Einspeisung, was die Planung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Stromnetz erschwert.
- **Erzeugungsspitzen:** An sonnigen Tagen kann es mittags zu einem Überangebot an Strom kommen („Mittagsspitze“), was Netzüberlastungen oder sogar negative Strompreise zur Folge haben kann.
- **Lastmanagement:** Die Volatilität erfordert flexible Stromabnehmer (z. B. Industrie, Speicher) oder schnelle Ausgleichsmaßnahmen (z. B. Gaskraftwerke oder Regelenergie).
- **Netzstabilität und Frequenzhaltung:** Konventionelle Kraftwerke tragen zur Regelung der Netzfrequenz bei (durch Rotationsenergie). PV-Anlagen können dies bisher nicht im gleichen Maße leisten, was bei hohem PV-Anteil problematisch werden kann. Der großflächige Blackout in Spanien, Portugal und Teilen Frankreichs hat dies bestätigt. Der Kipppunkt bei der Solarenergie ist in Deutschland bereits erreicht – so wohl wirtschaftlich (Negativpreise über den gesamten Sommer) und vor allem auch sicherheitstechnisch (Netzstabilität).

Unser Fazit: Sofortiger Stopp des Ausbaus von Solarenergie (auch Windenergie) und zurück zur Kernkraft. Das trägt zur Energiesicherheit, günstigeren Energiepreisen, sowie zum Erhalt unserer Landschaft und Lebensqualität bei.

Argumente für eine Rückkehr zur Kernkraft:

1. **Klimafreundlichkeit:**
Kernkraftwerke stoßen während des Betriebs kaum CO₂ aus
2. **Grundlastfähigkeit:**
Im Gegensatz zu Solar- und Windkraft liefern Kernkraftwerke rund um die Uhr Energie, unabhängig vom Wetter oder Tageszeit.
3. **Energiesouveränität:**
Eigenständige Stromproduktion verringert Abhängigkeiten von Gas- und Öllieferanten
4. **Technologische Fortschritte:**
Neue Reaktortypen (z. B. Small Modular Reactors – SMRs, Thoriumreaktoren, Dual-Fluid-Reaktoren) versprechen höhere Sicherheit und weniger Atom Müll.
5. **Lange Laufzeiten bestehender Reaktoren:**
In vielen Ländern könnten bestehende Anlagen durch Nachrüstungen länger genutzt werden – mit vergleichsweise geringem Aufwand.

BÜRGERWILLE, VERNUNFT UND VERANTWORTUNG: WARUM ICH GEGEN DIE PV-ANLAGE GESTIMMT HABE

Ich habe mich sehr geehrt gefühlt, als ich im vergangenen Jahr in den Gemeinderat Nünchritz gewählt wurde. Die Zusammenarbeit dort verläuft sehr harmonisch. Soweit ich mich erinnere, wurden alle bisherigen Beschlüsse einstimmig gefasst und das parteiübergreifend. Ich hatte nie das Gefühl, dass irgendjemand eine sogenannte „Brandmauer“ errichten wollte. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei allen Mitwirkenden im Gemeinderat bedanken.

Nun zur einzigen Abstimmung im Gemeinderat, die nicht einstimmig verlief. In den Ortsteilen Leckwitz und Merschwitz war die Errichtung einer Photovoltaikanlage geplant. Dieses Vorhaben stieß bei vielen Anwohnern auf Ablehnung. Der Gemeinderat hat schließlich – im Sinne des Bürgerwillens – mehrheitlich das Projekt abgelehnt: mit drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen. Natürlich war die Meinung der Bürger der wichtigste Beweggrund für meine Entscheidung – aber nicht der einzige.

Deutschland produziert im Idealfall mehr Strom durch erneuerbare Energien, als wir

selbst verbrauchen können. Der produzierte Überschuss wird dann mehr als preiswert ins Ausland verkauft oder sogar verschenkt, um unser Stromnetz zu stabilisieren. Da stellt sich doch die berechnete Frage: Warum sollen wir unsere Landschaft noch weiter „verspiegeln“ und „verspargeln“?

Denn wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, dann hilft uns auch die größte Anzahl an PV-Anlagen und Windrädern nicht weiter – es kommt kein Strom raus. Eine einzige PV-Anlage ohne Sonne produziert null. Tausend PV-Anlagen ohne Sonne? Ebenfalls null. Dasselbe Prinzip trifft auch auf die Windräder zu.

Also kaufen wir den benötigten Strom – vor allem abends bis zum nächsten Morgen – aus dem Ausland und dieser stammt größtenteils aus Atom-, Gas- oder Braunkohlekraftwerken. Allerdings ist dieser Strom in der Regel deutlich teurer als jener, den wir tagsüber ins Ausland verschern. Für dieses Defizit hatte unsere Bundesregierung im vergangenen Jahr ca. 10 Milliarden Euro eingeplant – geworden sind es

am Ende rund 20 Milliarden, gezahlt vom Steuerzahler.

Ein weiterer wichtiger Grund, der gegen dieses Projekt sprach, war die Höhe der Pacht, die für solche Flächen an die Landbesitzer gezahlt wird. Wenn ein Landwirt eine Ackerfläche pachtet, um diese zu bewirtschaften, zahlt er rund 300 Euro pro Hektar und Jahr. Wenn ein Landbesitzer seine Flächen an PV-Anlagenbetreiber verpachtet, erhält er mitunter das Zehnfache oder mehr. Diese Kosten trägt am Ende der Stromkunde oder Steuerzahler. Und welcher Landwirt kann da noch wirtschaftlich konkurrieren oder ist da noch bestrebt, weiter Ackerbau zu betreiben?

Man muss es aber so klar sagen: PV-Anlagen kann man weder essen noch verfüttern. Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass ich hier ausschließlich meine Meinung verrete und nicht die der anderen Gemeinderäte.

Falko Kreller,
AfD-Gemeinderat in Nünchritz

POLITIK ZUM ANFASSEN

Ein herzliches Dankeschön an alle, die an unserem Stammtisch zur Landespolitik teilgenommen haben! Das große Interesse und die gute Stimmung zeigten deutlich: Politik bewegt – vor allem, wenn sie nah an den Menschen ist.

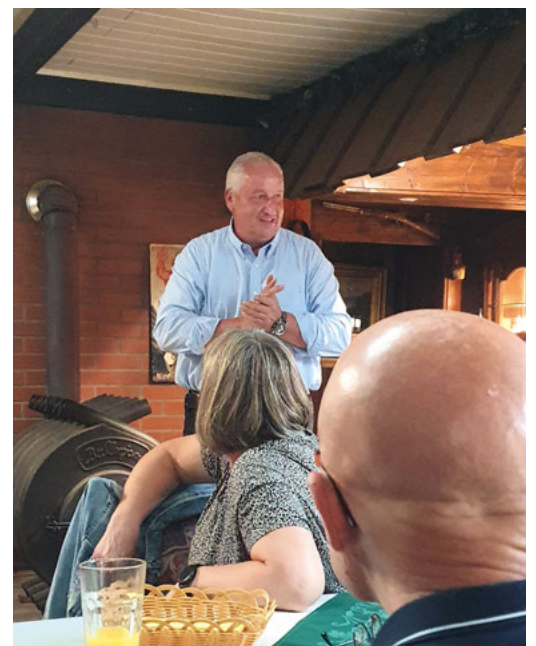
Nach einem kurzen Einblick in die aktuelle Lage im Landtag durfte ich meinen Kollegen Mike Moncsek begrüßen. Vielen auch bekannt als „Volkspolitiker“, nahm er sich die Zeit, über seinen persönlichen und politischen Weg zu berichten – von diversen kommunalen Mandaten über seine Zeit als Büroleiter von Maximilian Krah im EU-Parlament bis hin zu den Jahren als Bundestagsabgeordneter. Offen, authentisch und mit viel



Herzblut sprach er über seine Arbeit, seine Wurzeln und seine Motivation.

An diesem Abend ging es weniger darum, die täglichen Horrormeldungen zu analysieren. Es ging um Menschlichkeit, um unsere Werte, unsere Freiheit – und vor allem um die Frage, welche Zukunft wir den nächsten Generationen ermöglichen wollen. Mit Humor, Charme und einer guten Portion Selbstironie sorgte Mike Moncsek für einen Abend voller Mut, Zuversicht und Zusammenhalt.

Ganz besonderen Dank an unseren Gastwirt, der mit kulinarischen Köstlichkeiten für den passenden Rahmen sorgte.



Ein gelungener Abend, der zeigt – wir sind auf dem richtigen Weg.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



WACHSENDES VERTRAUEN IN DIE AFD: KOMMUNALPOLITISCHER AUFWIND IN RADEBURG

Eine wirklich erstaunliche und positive Entwicklung ist aus Radeburg und den dazugehörigen Gemeinden zu berichten. Bereits zur Stadtratswahl, als die AfD den Sieg errang, begann sich abzuzeichnen, dass die Menschen begreifen, von wem sie jahrelang hinters Licht geführt worden. Aus einem Sitz im Stadtrat wurden fünf. Mit diesem Vertrauensbonus von Seiten der Bevölkerung konnte nun schon ein wichtiger Vorschlag der Stadtverwaltung verhindert werden. Es sollte eine Erhöhung

der Elternbeiträge in den Kindereinrichtungen geben. Bei steigenden Mieten und Energiekosten geradezu ein absurder Vorschlag. Auf unseren Vorschlag hin wurde ein Brandbrief an MP Kretschmer geschickt. Viele Stadträte unterstützten dies. Die steigende Anzahl AfD-Mitglieder in Radeburg zeigt, dass trotz des lächerlichen Verfassungsschutz Pamphlet immer mehr Bürger unsere Arbeit schätzen. Auch viele Jugendliche lassen sich durch staatliche Propaganda nicht mehr be-

einflussen. Dies zeigte sich an unseren Infoständen auf dem Radeburger Wochenmarkt. Viele junge Menschen und Schüler kamen und suchten das Gespräch mit uns. Für uns Radeburger ist dies Ansporn und Verpflichtung, sich weiterhin zu engagieren. Wir laden jeden Bürger ein, dies mit uns gemeinsam zu tun.

AfD-Stadtratsfraktion Radeburg

DIRK WARTENBERG ZUM 1. STELLVERTRETENDEN BÜRGERMEISTER GEWÄHLT – HAUPTAUSSCHUSS IN GRÖDITZ KOMMT

In Gröditz gibt es zwei Neuerungen: Dirk Wartenberg wurde von den Stadträten zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt, nachdem André Lux von diesem Ehrenamt zurückgetreten war. Zudem wurde die Einrichtung eines Hauptausschusses mehrheitlich beschlossen.

Nach Gerald Bauer (Schönfeld) und Mario Beger (Großenhain) ist Wartenberg der dritte stellvertretende AfD-Bürgermeister im Landtagswahlkreis 37. Er wird Bürgermeister Enrico Münch im Verhinderungsfall vertreten und ihn bei repräsentativen Aufgaben unterstützen. Wartenberg ist seit Jahren im Stadtrat aktiv.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der Antrag der AfD zur Bildung eines Hauptausschusses. Nach intensiver Diskussion stimmte eine Mehrheit dafür. Der Hauptausschuss soll zentrale Verwaltungs- und Haushaltsfragen vorbereiten und die Arbeit des Stadtrates effizienter gestalten. Die entsprechende Satzungsänderung wurde auf Antrag der AfD-Fraktion in der darauffolgenden Stadtratssitzung mehrheitlich in offener Abstimmung mit 13 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen beschlossen.

Steffen Reck,
AfD-Stadtrat in Gröditz

**AfD-Stammtisch
in Gröditz**

Termine für 2025:

**Mittwoch, 27.08./24.09./
22.10./26.11./17.12.**

Beginn: 19 Uhr

**Ort: Gaststätte Sportlerheim,
Waldweg 3, 01609 Gröditz**

VORSCHLAG EINES POSITIONSPAPIERES DER STADT GRÖDITZ ZUM AUSBAU DER WINDENERGIE

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren
Landtagsabgeordnete,

Gröditz liegt mit seinen Ortsteilen nördlich an der Großenhainer Pflege und südlich des Elbe Elster Kreises.

Die Umsetzung der energiepolitischen Ziele, Ausbau der Windenergie und Photovoltaik-Freiflächenanlagen, obliegt insbesondere dem ländlichen Raum. Auf Frauenhainer Flur, in direkter Nachbarschaft zu Gröditz, werden Aktivitäten zur Errichtung von mehreren WKA verzeichnet.

Gemäß dem landesgesetzlichen Auftrag zur Erarbeitung des Teilregionalplanes „Energieversorgung/Windenergienutzung“ ist es zu befürchten, dass in unserer Region aufgrund der gegebenen Standorteigenschaften und den geringen Raumwiderständen ein weiterer Ausbau geplant ist, unbeachtet dessen, dass im Umkreis bereits mehr als 60 WKA vorhanden sind, Photovoltaik-Freiflächenanlagen nicht berücksichtigt.

Auch die neu geplanten WKA erzeugen Energie nur dann, wenn genügend Wind zur Verfügung steht, also gleichzeitig mit den bereits vorhandenen Anlagen, in unserer Region ca. 1800 h/a. Ein weiterer Ausbau mit hoch subventionierten WKAs ist nicht kosteneffizient und auch nicht netzverträglich, er belastet mit dem erzeugten Strom zusätzlich das vorhandene Netz. Wir verweisen hier auf das EEG 2023 §1 (3). Der für die Erreichung des Ziels nach Absatz 2 erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.

Was passiert aber mit dem Strom der nicht vor Ort abgenommen werden kann, der Überproduktion oder auch dem Geisterstrom, diesen Strom bezahlt der Endverbraucher und der Steuerzahler. Keine Firma bekommt ihre unverkäufliche Überproduktion bezahlt, aber

hier wird privates Einkommen von uns gestützt.

Die im Raum stehenden geplanten Flächenausweisungen in unserem Umland sind weder raumverträglich noch kommunalpolitisch vertretbar. Der Unmut der Bevölkerung wächst mit dem stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien, auch geschuldet dem Verlust der kommunalen Planungshoheit bzw. der Einflussnahme auf die Steuerung der Flächenausweisung bzw. Ausrichtung von Projekten.

Gröditz kämpft gegen sinkende Einwohnerzahlen auch mit der Modernisierung von Wohnraum. Am Ostrand von Gröditz mit Blickrichtung Frauenhain hat die Wohnungsgenossenschaft Gröditz eG für ca. 7 Millionen Euro Wohnraum saniert, den es nun wieder gilt langfristig zu Vermieten. Es werden sich sicherlich nur wenige Mieter mit dem freien Blick auf zukünftige WKAs und Photovoltaik-freiflächenanlagen überzeugen lassen, einen Mietvertrag zu unterzeichnen. Im Umkreis von WKA sind sinkende Immobilienpreise, Mietpreise und der Rückgang von Wohnbebauung zu verzeichnen.

Die Bemühung unserer Stadt, gegeben durch die geographische Lage, umgeben im Osten und Norden vom Elbe Elster Kreis und im Westen durch das Naturschutzgebiet „Gohrisch Heide“, wird bei der Verbesserung der Infrastruktur, die Absicherung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung und der Erfüllung des Bildungsauftrages durch den Bau von WKAs nicht erleichtert. Auch die Gröditzer Einwohner haben einen Anspruch auf Erhalt der Heimat, der Kultur und des Lebensraumes ohne Belästigung durch Schlagschatten, blinkende Lichter in der Nacht, Rotorgeräusche und Infraschall. Windkraftanlagen zerstören das Landschaftsbild, den Lebensraum, auch der freilebenden Tiere, und den Feuchtigkeitshaushalt der umgebenden Biotope. Weiterhin ist eine zusätzliche Belastung der Umgebung mit

krebserregenden Feinabrieb, hier PFAS, zu befürchten.

Die Bodenversiegelung in Sachsen liegt immer noch bei ca. 4,5 ha pro Tag, zur Verdeutlichung und Nachvollziehbarkeit sind das immerhin 9 Fußballfelder die jeden Tag der Natur entrissen werden, auch durch den Ausbau der erneuerbaren Energien. Für unsere Natur und insbesondere unsere Landwirtschaft mit katastrophalen Folgen, denn je geringer die landwirtschaftliche Nutzfläche umso geringer die Eigenproduktion von Lebensmitteln die in unseren Regalen landen. Importe aus Übersee werden in Zukunft unsere Lebensmittelproduktion dominieren, die Umweltschäden die hierbei in Südamerika, Afrika und den Ozeanen entstehen sind wohl nicht zu berücksichtigen. Bodenversiegelung ist auch eine Ursache für Wassermangel und das Absinken des Grundwasserspiegels.

Wir fordern:

- Schluss mit den Direktiven, zurück zur Demokratie und kommunalen Selbstbestimmung, Einbeziehung in Planungsmaßnahmen und Flächenausweisungen
- Durchsetzung der 10 H Regelung
- Vertraglich abgesicherter Nachweis über die umweltgerechte Entsorgung der kompletten WKA vor Baubeginn
- Haftung des Eigentümers und des Betreibers für die Beseitigung der durch WKA entstandenen Umweltschäden
- Ausgleich des Wertverlustes an Immobilien
- Unterlassung der Erteilung der Baugenehmigung für WKA auf der geplanten Frauenhainer Flur

Dirk Wartenberg,
AfD-Stadtrat in Gröditz

Impressum:

Herausgeber:

Maria Beger, Mdl
Dresdner Str. 7
01558 Großenhain
Telefon: 03522-5596 187
blauewahlkreispost@gmail.com
Maria Beger, Mdl
Druckhaus Scholz GmbH

E-Mail:
V.i.S.d.P.:
Druck:

Auflagenhöhe:

28.000 Stück

Ausgabe:

Nr. 9 / Juli 2025

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, Mdl

Web: www.mario-beger.de

Facebook: www.facebook.com/MarioBegerAfD

Telegram: t.me/mariobeger